

Herrn
Theo Strottner
„AK Freihandelsfalle“ Attac-München
c/o EineWeltHaus
Schwanthalerstr. 80
D – 80336 München

29. Juni 2015

Sehr geehrter Herr Strottner,

Sie haben mir mit Schreiben vom 16. Juni 2015 einen Brief nach Straßburg geschickt, der am 22. Juni 2015 in Brüssel bei mir eingegangen ist.

Dort hinterfragen Sie den aktuellen TTIP-Stand zu kommunalen Dienstleistungen und zur Daseinsvorsorge. Die Bedenken der Deutschen Spitzenorganisationen Deutscher Städtetag, Deutscher Landkreistag und Deutscher Gemeinde- und Städtebund sind seit Jahren eindeutig geklärt und bekannt. Es gibt keinerlei EU-Recht, das den kommunalen Gebietskörperschaften verbietet, im Rahmen Ihrer Autonomie alle Leistungen der Daseinsvorsorge selbstständig und ohne jegliche Beeinträchtigung durch das Wettbewerbsrecht wahrnehmen zu können. Anders lautende Falschmeldungen von Ihrer Organisation und von den Verbänden werden auch durch noch so viele Ratsbeschlüsse nicht richtiger.

Der Kern des Europäischen Vergaberechts und der Europäischen Wettbewerbspolitik ist ein völlig anderer: Wenn Leistungen der kommunalen Daseinsvorsorge an Dritte vergeben werden, dann gelten die Ausschreibungsregeln, dann werden, um Transparenz, Klarheit, Wettbewerbsgleichheit zu ermöglichen und um Korruption oder Insidergeschäfte zu verhindern, alle Interessierten beteiligt werden müssen.

Die Kommune selbst hat die Möglichkeit, die Ausschreibungsbedingungen so zu formulieren, dass Ihre Interessen voll und ganz gewahrt werden. Alle anderen Befürchtungen, die Sie jetzt äußern im Zusammenhang mit den Abkommen CETA, TTIP und TISA, sind völlig aus der Luft gegriffen. Nachdem, angefangen vom Chlorhähnchen über Hygiene- und Umweltstandards, bis zu den Schiedsgerichten die Themen offensichtlich durch Information und Aufklärung nicht mehr so kampagnefähig sind, versuchen Sie jetzt über die öffentliche Daseinsvorsorge erneut Unruhe in die deutsche Öffentlichkeit zu tragen.

Da das Freihandelsabkommen nicht abgeschlossen ist und das Parlament in Kürze seine Stellungnahme als Voraussetzung für die Zustimmung formulieren wird, können Sie beruhigt sein, dass wir auch ohne Ihre Aktionen wissen, was wir zu tun haben.

Als ehemaliger Berichterstatter des Parlaments für die Daseinsvorsorge kenne ich die "Verwerfungslinien" und brauche Ihren Dank auch nicht im Hinblick auf das im EU-Parlament beschlossene und durch die Verträge garantierte Selbstverwaltungsrecht der Kommunen.

Mit den besten Grüßen
verbleibe ich

Ihr

A handwritten signature in black ink, appearing to read 'Werner Langen'. The signature is fluid and cursive, with a long horizontal stroke extending to the right.

Werner Langen